

Nr. 449 | 02.05.2024

Russland-Analysen

Wahlen / Alternativen / öffentliche
Meinung

ANALYSE	
Die Präsidentschaftswahl 2024: Ergebnisse und Deutungen Petra Stykow (Geschwister-Scholl-Institut der Ludwig-Maximilians-Universität München)	2
UMFRAGEN	
Einstellung im Vorfeld der Präsidentschaftswahl 2024 in Russland	7
STATISTIK	
Präsidentschaftswahlen in Russland 2000 – 2024	8
DEKODER	
Es braucht eine Aussicht auf Veränderung Grigori Judin (Verstka)	9
RANKING	
Die politische Elite im Jahr 2023	11
CHRONIK	
18. März – 20. April 2024	15

Die Präsidentschaftswahl 2024: Ergebnisse und Deutungen

Petra Stykow (Geschwister-Scholl-Institut der Ludwig-Maximilians-Universität München)

DOI: 10.31205/RA.449.01

Zusammenfassung

Im März 2024 fand in Russland die achte Präsidentschaftswahl seit 1991 statt, aus der zum fünften Mal seit dem Jahr 2000 – und mit einem neuen Rekordergebnis – Wladimir Putin als Sieger hervorging. Dieses Ereignis stellte jedoch keine Wahl im üblichen Sinne des Wortes dar. Es ging dabei nicht um die Auswahl einer geeigneten Person für das konstitutionell wichtigste Staatsamt, sondern um die plebiszitäre Zustimmung der Bevölkerung zum »nationalen Führer«, dem von ihm vorangetriebenen Entwicklungspfad Russlands im Allgemeinen sowie zum Krieg gegen die Ukraine im Besonderen. Das Regime stellte damit ein weiteres Mal seine Fähigkeit unter Beweis, den Wahlprozess und seine Ergebnisse zu kontrollieren, um die von ihm beanspruchte Legitimität zu inszenieren.

Ein »historischer Rekord«

Am 27. März 2024 bestätigte Ella Pamfilowa, die Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission Russlands und eine der wenigen Vorzeigefrauen des Regimes, das offizielle Wahlergebnis der Präsidentschaftswahl, die vom 15. bis 17. März 2024 stattgefunden hatte: Wladimir Putin habe knapp 87,3 % der abgegebenen Stimmen erhalten und damit seinen bisherigen Rekord von 76,7 % aus dem Jahr 2018 übertroffen.

Dieses Resultat, durch das Putin mit seinen Kollegen in den konsolidierten autoritären Regimen Zentralasiens bzw. Belarus' gleichzog, stellt aus politikwissenschaftlicher Sicht keine besondere Überraschung dar. Russland gilt in der Forschung als paradigmatischer Fall eines langfristig stabilen »elektoral-autoritären« Regimes, womit Regime gemeint sind, in denen regelmäßig allgemeine Wahlen mit mehreren Kandidaten bzw. Parteien abgehalten werden, die jedoch nie zu Machtwechseln führen. Statistische Untersuchungen zeigen, dass die Imitation demokratischer Verfahren der Elitenauswahl zwar für neu etablierte autoritäre Regime mit einem erheblichen Überlebensrisiko verbunden ist. Haben diese jedoch die ersten drei Wahlen überlebt, sinkt es stetig, weil die regierende Gruppe gelernt hat, den gesamten Prozess effektiv zu kontrollieren. Das wird in der Regel durch zunehmend eindeutigere Resultate zugunsten des Amtsinhabers und die Verengung der verbleibenden legalen Spielräume für den politischen Wettbewerb begleitet.

Die Präsidentschaftswahl 2024 kann dennoch aus zwei Gründen gewisse Aufmerksamkeit beanspruchen. Erstens hat das Regime sein vielfältiges Instrumentarium der elektoralen Manipulation weiter ausgebaut, das es seit Mitte der 2000er systematisch und ebenso experimentell wie innovativ entwickelt hat. Zweitens lohnt es sich, den Zweck dieses Ereignisses zu hinterfragen, das viele Beobachter als »elektorale Maßnahme« und »Imitation« verspottet haben. Selbst führende Repräsentan-

ten des Regimes räumen freimütig ein, dass sein Ergebnis vorab feststand, so etwa Putins Pressesprecher, der bereits im Herbst 2023 erklärte, der Amtsinhaber habe seiner »persönlichen Meinung nach« keine Konkurrenten. Dies wirft die Frage auf, wozu der hohe Aufwand für die Inszenierung der Wahl dennoch betrieben wurde.

Das mutmaßliche Ausmaß unmittelbarer Wahlfälschungen

Putins »Rekordergebnis« ist nicht aus einem fairen und freien politischen Wettbewerb erwachsen. Die naheliegendste Methode des Wahlbetrugs, von dem das Regime seit etwa 2004 in stetig wachsendem Umfang Gebrauch macht, waren auch 2024 wieder großangelegte Fälschungen bei der Abgabe der Stimmen, ihrer Auszählung und Dokumentation. Das neue System der elektronischen Abstimmung, das dieses Mal in fast einem Drittel der Regionen zur Verfügung stand, eröffnete dank seiner Intransparenz neue Wege der Manipulation.

Der Umfang dieser Fälschungen lässt sich nicht zuverlässig bestimmen, da das Regime die Spielräume für die Wahlbeobachtung durch Bürger, Journalisten und Organisationen seit 2018 drastisch eingeschränkt hat. Davon war nicht nur die internationale Beobachtungsmission der OSZE betroffen, die zum ersten Mal keine formale Einladung mehr erhielt, sondern vor allem die informelle Bürgerbewegung *Golos* (»Stimme«). Weil sie vom Regime als »ausländischer Agent« markiert worden ist, kann sie seit Jahren nicht mehr direkt tätig werden und entsandte deshalb viele der von ihr ausgebildeten ehrenamtlichen Wahlbeobachter in die Stäbe von Kandidaten bzw. Parteien. In ihrem Wahlreport beklagt sie, dass diese Praxis 2024 von vielen regionalen Wahlstäben sabotiert worden sei, welche die Registrierung freiwilliger Wahlbeobachter verweigert hätten. Lediglich die Repräsentanten der regimenahen *Gesellschaftskammern* hätten ohne Beschränkungen agieren können, seien jedoch in vielen Fällen instruiert gewesen,

die Wahllokale vor Beginn der Stimmenaushaltung zu verlassen.

Quantitativ noch schwerwiegender als der unmittelbare Wahlbetrug könnte die Prozedur der »administrativen« bzw. »korporativen« Wählermobilisierung gewesen sein. Menschen, von deren Loyalität ihre staatlichen, aber auch privaten Arbeitgeber, Universitätsleitungen oder militärische Vorgesetzte scheinbar überzeugt sind, werden dabei auf mehr oder weniger kreativem Wege zur – oft kollektiv organisierten – Stimmabgabe veranlasst. Dieses Vorgehen ist auch in Russland formal unzulässig, da es die Chancen der freien Willensbildung und -äußerung der betroffenen Wähler einschränkt. *Golos* zufolge wurden diese Praktiken 2024 jedoch noch häufiger, offener und direkter als früher ausgeübt und – anders als noch 2018 – von der *Zentralen Wahlkommission* (ZIK) auch nicht mehr kritisiert. An den Wahltagen selbst sei es zu zahlreichen groben Verstößen gegen das Wahlgeheimnis seitens der Behörden bzw. der Polizei gekommen. Sie hätten versucht, die Stimmabgabe für andere Kandidaten als Putin zu verhindern und die Entwertung von Stimmzetteln zu kriminalisieren, die z. B. durch das Durchstreichen aller Kandidaten oder schriftliche Meinungsäußerungen auf dem Formular erreicht werden kann.

Elektorale Forensikerinnen, die Unregelmäßigkeiten in den offiziellen Stimmenergebnissen auf der Ebene der Wahllokale aufdecken und interpretieren, kamen in den ersten Tagen nach der Wahl zu der Schlussfolgerung, dass Putin zwischen 22 und 31 Millionen »Extra«-Stimmen erhalten haben könnte. Spekuliert wird, dass womöglich nur etwa 57 % der für ihn abgegebenen Stimmen »real« waren, Putins Ergebnis von 2024 tatsächlich also etwa auf dem Niveau der Wahlen von 2000 und 2012 liegt. Allerdings muss einschränkend auf den spekulativen Charakter dieser Zahlen hingewiesen werden. Die unmittelbaren Wahlfälschungen dürften vermutlich ein bisher nie erreichtes Ausmaß angenommen haben, da irreguläre Abstimmungsmuster 2024 nicht mehr – wie bei früheren Wahlen – in einer Minderheit, sondern in der Mehrheit der untersuchten Wahllokale nachgewiesen werden können. Genau das macht jedoch die bisherigen forensischen Methoden weitgehend unbrauchbar.

Die politische und rechtliche Kontrolle des politischen Wettbewerbs

Allerdings geht das Putin-Regime in seinem Bestreben, Wahlen zu kontrollieren, noch weitaus systematischer vor. Das Wahlergebnis von 2024 ist in letzter Instanz auf die Mitte der 2000er Jahre eingeleitete und seitdem in mehreren Schritten verstärkte Austrocknung des politischen Wettbewerbs zurückzuführen: Die *Kommunistische Partei*, die prinzipiell eine programmati-

sche Alternative zum existierenden Regime verkörpern würde, und eine Handvoll weiterer Parteien sind längst als loyale, sogenannte »systemische«, Opposition in das Regime kooptiert worden und haben ein starkes Interesse am Überleben des Regimes entwickelt. Die zersplitterte liberale Opposition wurde hingegen – ebenso wie die extreme Rechte – aus der parlamentarischen Arena verdrängt; ihre Organisationen sind überwiegend aufgelöst oder wegen »extremistischer Bestrebungen« sogar verboten worden. Daher verfügen mögliche Herausforderer Putins kaum über die für einen Wahlkampf nötigen Ressourcen.

Das Regime ist zudem weiterhin auffällig darum bemüht, seine Kontrolle über den Wahlprozess legalistisch abzusichern, um ihm den Anschein von Legitimität zu verleihen. So wurde das Gesetz, das die Präsidentschaftswahl regelt, zwischen 2018 und 2023 elf Mal kleinteilig geändert. Die Verlängerung der Wahl von einem auf drei Tage und die Einführung des *E-voting*-Systems wurde damit begründet, den Bürgern komfortablere Bedingungen für die Wahrnehmung ihres Wahlrechts zu bieten, vielfältigste real jedoch die Gelegenheiten für Wahlbetrug. Gleichzeitig wurde die Registrierungsprozedur von Wahlbewerbern verkompliziert, die nicht von den etablierten Parteien nominiert werden.

Für die Präsidentschaftswahl 2024 von entscheidender Bedeutung war schließlich die Verfassungsrevision von 2020: Vordergründig beseitigte sie eine vage Formulierung in der Verfassung von 1993, die es Putin 2012 ermöglicht hatte, nach einer vierjährigen Pause erneut Präsident zu werden, obwohl er das Amt zuvor bereits zwei Mal ausgeübt hatte. Sie begrenzte die Amtsausübung ein und derselben Person eindeutig auf zwei Wahlperioden – nahm aber gleichzeitig alle bisherigen Staatsoberhäupter von dieser Regelung aus. Putin konnte daher seinen langjährigen Amtsbonus erneut in die Waagschale werfen, und mit ihm die enormen Ressourcen seines Amtes, das in der öffentlichen Wahrnehmung längst mit seiner Person verschmolzen ist.

So lehnte er auch dieses Mal die Beteiligung an TV-Duellen aller Kandidaten ab. Er konzentrierte seine Wahlkampfaktivitäten auf die alljährliche Rede zur »Lage der Nation« vor den beiden Kammern der Legislative sowie andere öffentliche Auftritte als Präsident in den letzten Wochen vor der Wahl. *Golos* zufolge berichteten die staatlich kontrollierten nationalen und die regionalen Medien häufiger über seine Aktivitäten als über die aller anderen Kandidaten zusammen, widmeten sich dabei aber in erster Linie seiner Alltagstätigkeit als Staatsoberhaupt. Diese Medienstrategie des Regimes zielte, dem unabhängigen *Levada-Zentrum für Meinungsforschung* zufolge, in erster Linie darauf, die Wahlbeteiligung zu steigern.

Die Auswahl der »Mitbewerber« Putins

Die verbleibenden Risiken für das Regime wurden auch 2024 mithilfe der sorgfältig kuratierten Selektion der Teilnehmer an der Präsidentschaftswahl eliminiert. Das ursprüngliche Bewerberfeld hatte aus 15 Kandidaten bestanden, von denen vier bereits in der ersten Phase, der Zulassung zur Unterschriftensammlung, an vorgeblichen formal-rechtlichen Mängeln scheiterten. Zu ihnen gehörte Ekaterina Dunzowa, eine bis dahin weit- hin unbekannte Regionalpolitikerin, die Anti-Kriegs-Positionen vertrat.

Von den übrigen elf Kandidaten waren drei von der Notwendigkeit befreit, Unterschriften vorzulegen, um zur Wahl zugelassen zu werden, weil sie von in der Staatsduma vertretenen Parteien nominiert worden waren. Drei weitere Bewerber, unter ihnen Putin, hatten sich »unabhängig« beworben, weshalb sie 300.000 Unterschriften von Unterstützern beibringen mussten; nur Putin gelang es, diese Aufgabe zur Zufriedenheit der Wahlkommission zu lösen. Fünf weitere Aspiranten auf das Präsidentenamt wiederum waren von Kleinparteien nominiert wurden, die nicht in der Duma vertreten waren. Das Wahlgesetz verlangt in solchen Fällen 100.000 Unterschriften, die in mindestens 40 Regionen Russlands zu beschaffen sind, aus denen jeweils nicht mehr als 2.500 Signaturen stammen dürfen. Vier dieser Bewerber reichten bei der ZIK die geforderte Anzahl ein, zwei von ihnen zogen ihre Kandidatur aber im selben Moment zurück: Einer hatte unerwartet ein – für Präsidentschaftsbewerber unzulässiges – eigenes Konto auf einer ausländischen Bank entdeckt, der andere nutzte die Gelegenheit, eine öffentliche Wahlempfehlung für Putin abzugeben.

Die beiden verbliebenen Politiker schieden aus, nachdem sich die ZIK eines ebenso bewährten wie intransparenten und rechtlich fragwürdigen Verfahrens bedient hatte: Mithilfe graphologischer Gutachten und des Abgleichs der Adressen mit der Datenbank des Innenministeriums stellte sie fest, der Anteil ungültiger Unterschriften überstiege die tolerierbare Fehlerquote von 5 %. Zu ihnen gehörte Boris Nadeschdin (60), ein liberaler Politiker der »systemischen Opposition«, der in den 1990er Jahren die Regierung beraten hatte, seitdem als Lokalpolitiker in einer Vorstadt Moskaus aktiv ist und von der kleinen Partei »Bürgerinitiative« nominiert worden war. Er erklärte, im Falle eines Wahlsiegs die »militärische Spezialoperation« gegen die Ukraine umgehend zu beenden. Bei seinen Wahlstäben hatten sich im Januar häufig Warteschlangen mit oft Hunderten Menschen gebildet, um für ihn zu unterschreiben. Dies führte zu einer der wenigen Überraschungen in diesem Wahlkampf: Menschen, die den Krieg ablehnten, fanden eine legale und kaum riskante Möglichkeit, ihrer Anti-Kriegs-Haltung Ausdruck zu verleihen und erfuh-

ren, dass sie damit nicht allein waren. Das *Levada-Zentrum* bezifferte Nadeschdins Elektorat – das zwar den Krieg ablehnt, ansonsten aber überwiegend regimeloyal ist – auf ca. 8–9 %.

Letztlich ließ die ZIK nur vier Kandidaten zum Urnengang zu. Neben Putin (71) handelte es sich um wenig bekannte Repräsentanten von drei der fünf Duma-Parteien, die im Wahlkampf zurückhaltend agierten, auf eine inhaltliche Profilierung verzichteten und dem Amtsinhaber damit wenig entgegengesetzten:

- Nikolai Charitonow (75), ein Veteran der *Kommunistischen Partei Russlands*, der – ebenso wie bereits 2004 – für den sonst üblicherweise nominierten Vorsitzenden seiner Partei einsprang, aber mit offiziell nur 4,3 % der Stimmen deutlich schlechter als damals (fast 14 %) abschnitt.
- Wladislaw Dawankow (40), stellvertretender Sprecher der Staatsduma seitens der erst 2020 gegründeten wirtschaftsliberalen Partei *Neue Leute*, der schließlich den größten Teil oppositioneller Stimmen – darunter von russischen Bürgern im Ausland – auf sich vereinte. Er erhielt vermutlich erheblich mehr als die ihm offiziell zugestandenen 3,9 % der Stimmen, bekannte sich aber unmittelbar nach der Wahl entschieden zu Putin und der »militärischen Spezialoperation«.
- Leonid Sluzki (56), der seit dem Tod des Populisten Wladimir Schirinowski (»Russlands Trump«) im Jahr 2022 Vorsitzender der rechtsradikalen *Liberal-demokratischen Partei Russlands* ist und 3,2 % der Stimmen erzielte.

Die nüchterne Schlussfolgerung aus diesen Informationen besteht darin, dass das Regime auch im Jahr 2024 mit großem Aufwand einen überwältigenden Wahlsieg für Putin organisierte, dieser allerdings höchstwahrscheinlich ohnehin wie bisher immer in der ersten Runde gewonnen hätte.

Eine »präsidentielle Supermehrheit«?

Kremlnahe Analysten der Präsidentschaftswahl erklären Putins Wahlergebnis aus einem tiefgreifenden Wandel der Gesellschaft. Das regimeloyale *Meinungsforschungsinstitut WZIOM* diagnostiziert aufgrund seiner Umfragedaten die Entstehung einer »präsidientellen Supermehrheit«, die doppelt so groß wie die einfache »Putin-Mehrheit« des Jahres 2000 sei. Sie beruhe auf dem »Donbass-Konsens«, der sich seit dem Frühjahr 2022 herausgebildet habe. Im Unterschied zum »Krim-Konsens« der Jahre 2014–2018, d. h. die euphorische Reaktion der Mehrheit der Bevölkerung auf die Annexion der Krim, zeichne er sich dadurch aus, dass Russlands »Kampf« als langwierig, schwer, entbehrungs- und verlustreich akzeptiert werde. Gleichzeitig verbänden die Bürger ihn jedoch auch mit der Aussicht auf einen »Sieg«,

der »Bestätigung für die Resilienz, Entschlossenheit und Beharrlichkeit bei der Verfolgung des Ziels« verspreche. Dieser »Donbass-Konsens« stelle eine breite überparteiliche Koalition dar, in der sich Anhänger selbst kommunistischer und wirtschaftsliberaler Ideen wiederfänden. Ausgeschlossen davon seien nur jene, die den Krieg ablehnten bzw. positiv gegenüber der Ukraine und dem Westen eingestellt seien.

Dem *WZIOM* zufolge ist die Zustimmung zu Putin als plebiszitäre Loyalitätsbekundung für den Oberbefehlshaber der Streitkräfte zu interpretieren. Die Bevölkerung habe ihm bei der Wahl das unspezifische Mandat erteilt, die von ihm begonnene »militärische Spezialoperation« erfolgreich und zu für Russland günstigen Bedingungen zu Ende zu führen. Mit seiner Politik, seinen persönlichen Eigenschaften und seinem aktiven, energischen Führungsstil bediene Putin die fundamentalen Bedürfnisse des Volkes, das auf sein Land und dessen welthistorische Größe stolz sein will, in Sicherheit und unter den Bedingungen von Kontinuität leben sowie mit positiven Emotionen einer attraktiven Zukunft entgegenzusehen möchte.

Wie stichhaltig diese Erklärung des Wahlergebnisses ist bzw. ob die Meinungsforscher des *WZIOM* mit ihrer Argumentation faktisch als Regimepropagandisten agieren, kann an dieser Stelle nicht weiter erörtert werden. Auch das unabhängige *Levada-Zentrum* identifiziert durch seine Umfragen eine entscheidende Verbesserung von Putins Wiederwahlchancen im Zeitraum von Ende 2021 bis Ende 2023, die auf der Wahrnehmung einer sich zuspitzenden Konfrontation zwischen Russland und dem Westen beruht.

Allerdings sind, wie oben erörtert, Zweifel angebracht, ob die vom *WZIOM* entdeckte »präsidentielle Supermehrheit« in der offiziell konstruierten Größenordnung tatsächlich existiert. Auch zwei weitere Einwände verdienen Beachtung. Einerseits wird die Glaubwürdigkeit von Umfragedaten aus Russland in der russischen und internationalen Forschung gegenwärtig ausgesprochen kontrovers diskutiert, u. a. weil Respondenten unter autoritären, zumal zunehmend repressiven, Bedingungen erfahrungsgemäß dazu neigen, ihre wahren Präferenzen zu verschleiern. Der Umgang mit solchen Daten verlangt also nach kritischer, wenn nicht sogar skeptischer, Reflektion.

Zum anderen sei auf einen aktuellen Beitrag in der Zeitschrift *Foreign Affairs* verwiesen, in dem ein Team renommierter Experten um Timothy Frye und Henry Hale – ebenfalls Umfragedaten-basiert – argumentiert, dass die Zustimmung zu Putin bei allen Präsidentschaftswahlen stets multidimensional gewesen sei. Auch im Jahr 2024 lasse sie sich nicht auf das Brennpunktthema »Krieg« reduzieren. Vielmehr habe er diese Zustimmung über mehr als zwei Jahrzehnte aufgebaut,

weshalb sie nicht einmal zwingend von solchen Wählern aufgekündigt werde, die den Krieg ablehnen. Noch immer unterstützen ihn weite Teile der Bevölkerung auch aufgrund der volkswirtschaftlichen Bilanz Russlands, die ihm als persönliches Verdienst angerechnet wird, seines hypermaskulinen Images sowie zunehmend auch aufgrund seines rhetorischen Einsatzes zugunsten der sogenannten »traditionellen Werte Russlands«, die bei vielen Bürgern Anklang finden. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen seien auch diese Zustimmungserourcen intensiv mobilisiert worden.

Plebiszit statt Wahl

Die Analyse des *WZIOM* ist nicht zuletzt deshalb bemerkenswert, weil sie der Präsidentschaftswahl 2024 ihren elektoralen Charakter abspricht, dies aber in affirmativer Absicht: Das Verdienst Putins und seines Teams bestehe darin, die Bedürfnisse der Bevölkerung aufgegriffen und die Wahlen in ein »Vertrauensvotum für den Kandidaten Nr. 1« transformiert zu haben. Diese Deutung der Wahl als Referendum, die 2024 prominenter erscheint als bei vorangegangenen Wahlen, bildet sich auch im Dank des wiedergewählten Präsidenten an seine Wähler ab: Sie hätten eine Entscheidung über den künftigen Entwicklungsweg Russlands, über ihre Zukunft sowie die ihrer Kinder getroffen und mit der ihm gewährten Unterstützung den aktuellen politischen und ökonomischen Kurs des Landes bestätigt.

Damit fügen sich die bisherigen Beobachtungen zu einem weitgehend konsistenten Bild zusammen: Ein Plebiszit über Putin und seine Politik ist unvereinbar mit einer Konstellation, die – und sei es wenig attraktive – Alternativoptionen zur Auswahl stellt. Das *WZIOM* interpretiert die Passivität von Putins »Mitbewerbern« daher als Ausdruck eines verantwortungsvollen Vorgehens der »Systemparteien«. Sie hätten entweder – wie *Einiges Russland* und *Gerechtes Russland* – ganz auf die Nominierung eigener Kandidaten verzichtet oder sich zumindest auf die Benennung von Politikern aus der »zweiten und dritten Reihe« beschränkt.

In dieser Logik war es auch zwingend, keine Bewerber mit Anti-Kriegs-Positionen zuzulassen – nicht wegen ihrer eventuellen Siegeschancen, sondern weil das Referendum dadurch zu einem Wettbewerb politischer Programme geworden wäre, also den Charakter einer (Aus-)Wahl angenommen hätte, freilich unter unfairen und unfreien Bedingungen. Nicht zuletzt wird so auch das Bestreben des Regimes noch besser nachvollziehbar, sowohl die Wahlbeteiligung als auch das Ergebnis des »Kandidaten Nr. 1« zu maximieren: Es ging dabei weniger um die Deklassierung der Konkurrenz als um die Demonstration der »Einheit« von Präsident und »Volk«, was nicht zuletzt stark an die plebiszitären Wahlen der Sowjetära erinnert. Damit bestätigte das Quasi-Referendum

rendum die für das Regime noch immer bedeutungsvolle Legitimität von Putins Herrschaft. Zudem erfüllte es eine außenpolitische Funktion, wie ein regimenahe Politologe unterstreicht, der in der Geschlossenheit des Votums die »Garantie für einen Sieg Russlands zu unseren Bedingungen« im Krieg gegen die Ukraine sieht, sie also auch als Signal der Stärke gegenüber dem Westen versteht.

Dieses Framing der Wahl zum Staatsoberhaupt als Referendum über »Russlands Weg« und die massiven elektoralen Manipulationen schwächen jedoch einige andere Funktionen, die Wahlen üblicherweise in elektoral-autoritären Regime selbst als »Imitate demokratischer Prozeduren« erfüllen. So informieren die Ergebnisse der Präsidentschaftswahl 2024 nicht zuverlässig über das reale Ausmaß der Unterstützung für den Präsidenten. Vielmehr erscheinen sie als eine Form der Gewaltandrohung gegenüber möglichem Widerspruch »von unten« und »von innen«. Ihm werden keine elektoralen »Ventile« mehr geboten, sondern eine binäre Entscheidung abverlangt – im eigenen Interesse: zugunsten des Regimes. Ob diese Funktionsausdünnung von Wahlen mittelfristig zu einem Problem für die Regimestabilität wird, ist derzeit eine offene Frage.

Fazit

Die Funktion der Präsidentschaftswahl 2024 bestand darin, Putin auf plebiszitärem Wege ein breites Man-

dat – buchstäblich eine Carte Blanche – für seine weiteren politischen Entscheidungen zu erteilen. In diesem Sinne passt sein »Rekordergebnis« zur hochgradigen Personalisierung des Regimes, in dem es faktisch keine begrenzenden Faktoren für den Präsidenten und den inneren Machtzirkel mehr gibt. Es ist jedoch zumindest partiell ein Artefakt. Dies ist die Folge nicht nur der systematischen Manipulation des gesamten Wahlprozesses, sondern auch des Framings als Referendum, das die Wähler faktisch zwingt, sich nicht zwischen mehreren Bewerbern für das höchste Staatsamt zu entscheiden, sondern für oder gegen die bestehenden Herrschaftsverhältnisse insgesamt.

Beobachter rechnen damit, dass Putin in den nächsten Monaten einige wichtige Personalentscheidungen treffen und möglicherweise unpopuläre Reformen durchführen wird, speziell die Ersetzung der bisherigen *flat tax* durch einen progressiven Steuersatz. Ob es auch zu einer zweiten Mobilisierungswelle für den Krieg gegen die Ukraine kommen wird, ist Gegenstand von Spekulationen. Da Putin jedoch im Wahlkampf sein Regierungsprogramm nicht präzisiert hat, lassen sich daraus keine Prognosen ableiten. Mehr noch, von der »elektoralen Maßnahme« 2024 sind keine unmittelbaren politischen Nachwirkungen zu erwarten.

Über die Autorin

Petra Stykow ist Professorin für Politikwissenschaft am Geschwister-Scholl-Institut der Ludwig-Maximilians-Universität München.

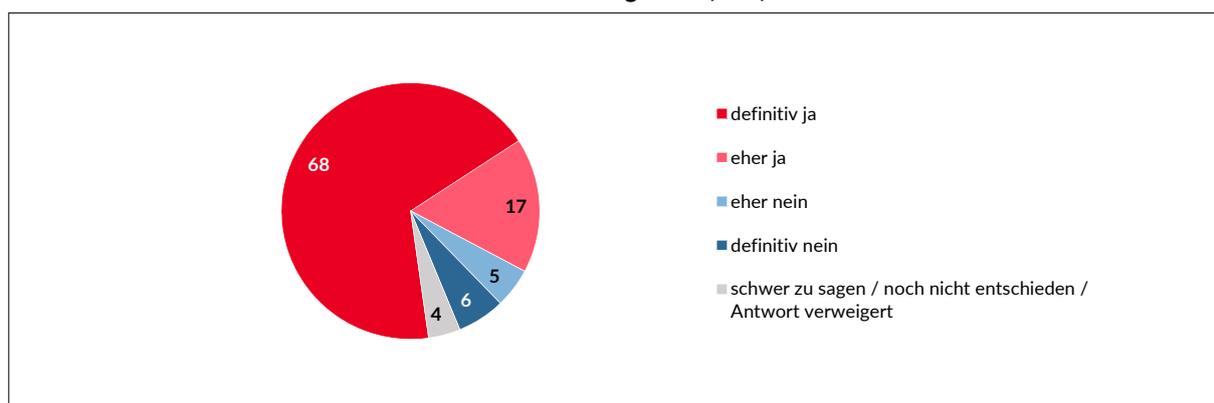
Lesetipps: [nicht alphabetisch geordnet, sondern nach inhaltlichen Gesichtspunkten]

- Stykow, Petra; Baumann, Julia (2023): Das politische System Russlands. Baden-Baden: Nomos, Kap. 5.
- Frye, Timothy; Hale, Henry; Reuter, Ora Jon; Rosenfeld, Bryn (2024): Putin's Hidden Weakness: New Evidence Shows Many Russians Support Him—but Not the War. In: Foreign Affairs, March 25, 2024. <https://www.foreignaffairs.com/print/node/1131544#author-info>
- Volkov, Denis (2024): Putin's Extraordinary Ratings. In: Russia.Post, March 22, 2024. <https://russiapost.info/society/ratings>
- Golos (Russische gesellschaftliche Bewegung zur Verteidigung der Rechte der Wähler »Stimme«): The Statement following the observation of the March 17, 2024 presidential election in the Russian Federation, March 19, 2024. <https://golosinfo.org/en/articles/146797>

UMFRAGEN

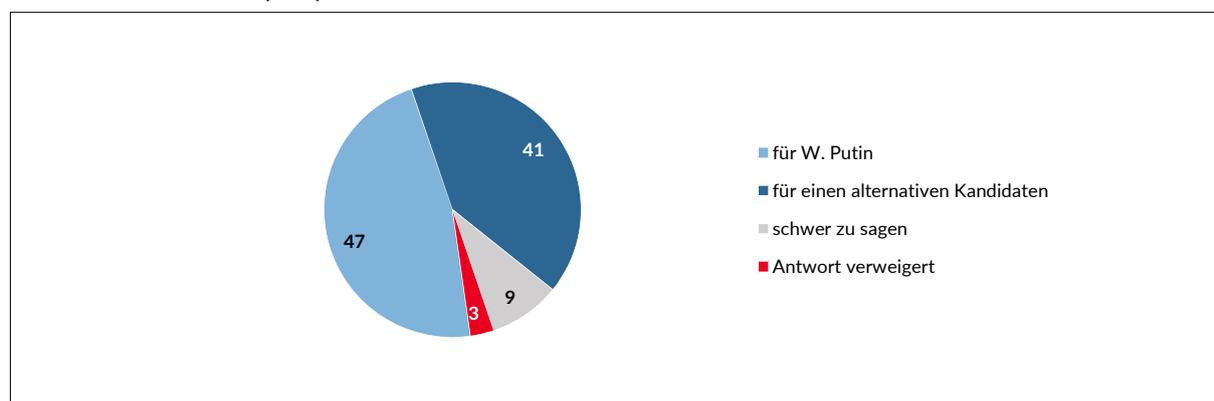
Einstellung im Vorfeld der Präsidentschaftswahl 2024 in Russland

Grafik 1: Sagen Sie bitte, beabsichtigen Sie oder beabsichtigen Sie nicht, ihre Stimme bei der Präsidentschaftswahl in Russland im März 2024 abzugeben? (in %)



Quelle: Allrussische Telefonumfrage von Russian Field »10 dnej do wyborow presidenta« (dt.: »10 Tage bis zu den Präsidentschaftswahlen«), durchgeführt vom 22. bis 27.02.2024 unter 1.625 Respondent:innen, online über: <https://russianfield.com/10days>.

Grafik 2: Wenn es unter den Präsidentschaftsbewerbern einen Menschen gäbe, der des Amtes würdig wäre und Ihren Ansichten nahe läge, würden Sie dann für diesen Kandidaten oder für Wladimir Putin stimmen? (in %)

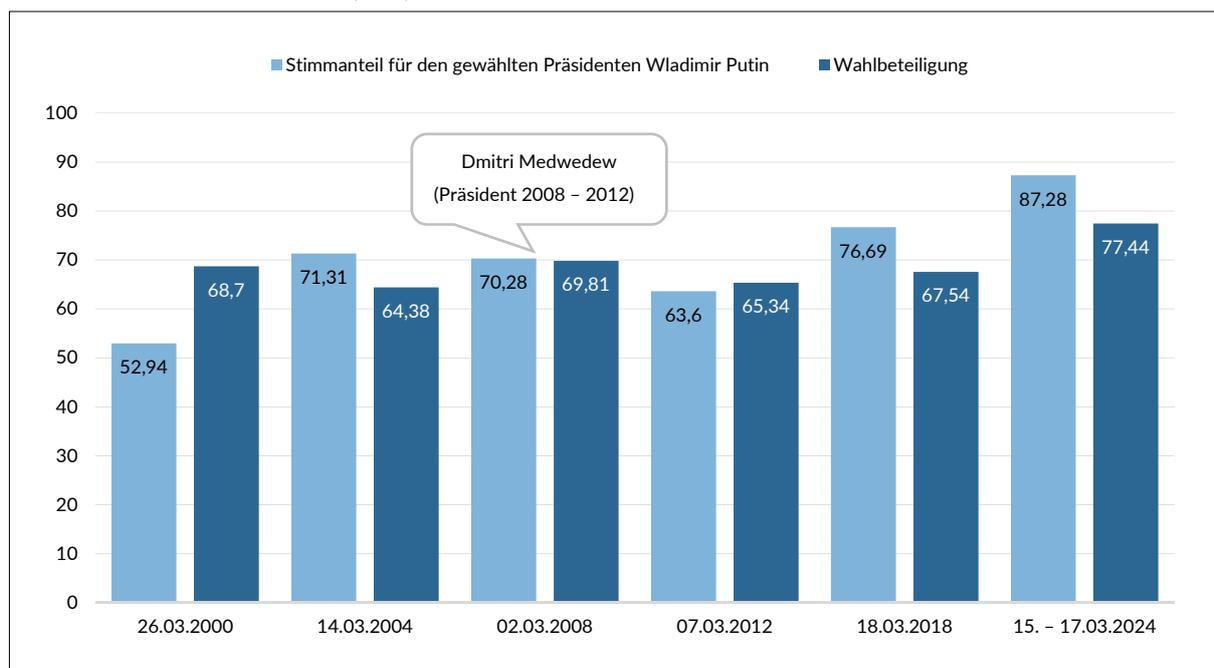


Quelle: Allrussische Telefonumfrage von Russian Field »10 dnej do wyborow presidenta« (dt.: »10 Tage bis zu den Präsidentschaftswahlen«), durchgeführt vom 22. bis 27.02.2024 unter 1.625 Respondent:innen, online über: <https://russianfield.com/10days>.

STATISTIK

Präsidentschaftswahlen in Russland 2000 – 2024

Grafik 1: Wahlbeteiligung und Stimmenanteil für den Präsidenten bei den Präsidentschaftswahlen in Russland 2000 – 2024 (in %)



Quelle: Interfax: "Voter turnout in Russian presidential election reaches all-time high of 77.44% - Central Elections Commission", 18.03.2024 11:52, <https://interfax.com/newsroom/top-stories/100487/>. European Programme for Democratic Exchange (EPDE): Press Statement. Russia's fraudulent March 15-17, 2024 presidential "election" validated by fake observers from 129 countries, 20.03.2024, S. 1. Zentrale Wahlkommission Russlands zitiert in Russland-Analysen 351, S. 15-16, vorläufige Wahlergebnisse für die Wahlen am 18.03.2018, http://www.vybory.izbirkom.ru/region/region/izbirkom?action=show&root=1&tvd=100100084849066&vrn=100100084849062®ion=0&global=1&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vibid=100100084849066&type=226, veröffentlicht am 19.03.2018. Angaben der Zentralen Wahlkommission 2012 http://www.vybory.izbirkom.ru/region/region/izbirkom?action=show&root=1&tvd=100100031793509&vrn=100100031793505®ion=0&global=1&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vibid=100100031793509&type=227, 15.03.2012; 2008: http://www.vybory.izbirkom.ru/region/region/izbirkom?action=show&root=1&tvd=100100022249920&vrn=100100022176412®ion=0&global=1&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vibid=100100022249920&type=227, 11.03.2008; 2004: <http://pr2004.cikrf.ru/etc/svod.xls>, 25.03.2004; 2000: <http://www.fci.ru/prez2000/default.htm>, download am 25.03.2000.

Es braucht eine Aussicht auf Veränderung

Grigori Judin (Verstka)

Der folgende Beitrag des russischen Politikwissenschaftlers Grigori Judin erschien ursprünglich am 30.01.2024 und wurde von dekodert ins Deutsche übersetzt und veröffentlicht.

Einleitung von dekodert

Die Bilder gingen um die Welt: Plötzlich standen in ganz Russland tausende Menschen Schlange und gaben ihre Unterschrift für die Präsidentschaftskandidatur von Boris Nadeshdin. In einer immer repressiveren Umgebung, in der Protest gegen den Krieg de facto verboten ist, hatten darin viele eine Chance gesehen, um ihrem Unmut auf legalem Wege Ausdruck zu verleihen.

Doch wie weit ist es von den »Schlangen für Nadeshdin« bis zu einem echten Wandel in Russland? Wollen die Menschen einen solchen überhaupt? Darüber schreibt der Soziologe Grigori Judin in einem Gastbeitrag für Verstka.

[Aktualisierung vom 04.03.2024: Die Zentrale Wahlkommission hat Boris Nadeshdin nicht zur Wahl zugelassen. Dies wurde offiziell damit begründet, dass angeblich mehr als fünf Prozent der eingereichten Unterschriften ungültig seien. Der Oberste Gerichtshof in Russland hat am 04.03.2024 das Urteil gegen seine Kandidatur bei der Präsidentschaftswahl 2024 bestätigt.]

Wann kommt der Wandel?

Die Russen witterten eine messbare Chance auf Veränderungen – und sind sofort aktiv geworden. Zwar beträgt diese Chance gerade mal ein paar Millionstel Prozent, aber sie ist konkret. Läge sie etwas höher, würden noch mehr Menschen reagieren. Und wäre sie wirklich groß, dann wäre es ein gesellschaftlicher Durchbruch. Es ist eingetreten, was ich schon lange sage: Kollektives Handeln beginnt nicht da, wo den Menschen die Geduld ausgeht, sondern da, wo die Aussicht besteht, dass ihr gemeinsames Handeln zu einem realen, konkreten und messbaren Ergebnis führen kann. Im Fall Nadeshdin ist das seine Zulassung zu den Präsidentschaftswahlen.

Kontrollierte Herausforderung

Wofür braucht der Kreml Nadeshdin? Und wieso darf er ins Fernsehen? Seit seinen kriegsgegnerischen Äußerungen rufen mich immer wieder Journalisten aus dem Ausland an und fragen: »Wie kann das sein? Wir dachten, in Russland herrscht Zensur und keiner erfährt die Wahrheit! Dabei tritt da einer im Fernsehen auf und sagt einfach die ganze Wahrheit! Vielleicht sind die Russen eben allen Ernstes für Putin und seinen Krieg?«

Das ist die Strategie der Präsidialadministration. Nadeshdin muss seine 1,5 Prozent bekommen und damit genau das zeigen, was wir vom Lewada-Zentrum die ganze Zeit hören: In Russland leben 140 Millionen Vampire und ein paar Zehntausend normale Menschen. Nach dem Motto, gebt endlich Ruhe, das Land steht hinter Putin und dem Krieg.

Aber man darf nicht aus dem Blick verlieren, dass dieses Ergebnis für den Kreml nur ein angenehmer Bonus ist und er mit dieser Volksbefragung eigentlich

viel wichtigere Aufgaben erfüllt. Er kann es sich nicht leisten, dass für das Sahnehäubchen auf dieser Torte alles aus dem Ruder läuft.

Deswegen verfügt der Kreml für den Fall, dass sich in den Umfragen ein zu großer Wahlerfolg für Nadeshdin abzeichnet, über ein ganzes Arsenal von Instrumenten, um seine Popularität zu verringern. Wir wissen zum Beispiel, dass Nadeshdin eng mit den Liberalen der Neunziger verbandelt war – es wäre ausreichend, wenn er plötzlich öffentlich Elemente aus ihrer Rhetorik bemühen würde. Das Ergebnis wäre wundervoll: Der allseits beliebte Antikriegs-Kandidat sagt antirussische Sachen, die sich hervorragend dafür eignen, die Kriegsgegner auf ganzer Linie zu diskreditieren.

Oder man »kauft« ihn mit dem Versprechen eines hohen Amtes. Schon mehrmals hat Nadeshdin bewiesen, dass er bereit ist zum Pakt mit dem Teufel – mal kandidierte er für Gerechtes Russland, mal nahm er an den Vorwahlen von Einiges Russland teil. Ob er wohl dieses Mal darauf verzichtet? Oder man erklärt ihn vielleicht ein paar Wochen vor der Wahl zum Terroristen und Extremisten und schüchtert damit seine potentiellen Wähler ein. Na, oder ganz schlicht und ergreifend: Wenn etwas nicht »nach Plan 1,5 Prozent« läuft, dann kann man Nadeshdin einfach zu jedem beliebigen Zeitpunkt stumpf von der Liste kicken.

Der innenpolitische Kurator im Kreml, Sergej Kirilenko, hat von dem Aufstand in Belarus nach den Präsidentschaftswahlen 2020 bestimmt etwas gelernt. Dort begann ebenfalls alles mit Schlangen von Menschen, die für Sergej Tichanowski, Viktor Babariko und Waleri Zepkalo unterschrieben. Danach unterlief Lukaschenko ein schwerer Fehler: Er ließ Tichanowskis Frau Swet-

lana antreten. Was dazu führte, dass Leute, die noch einen Monat zuvor in ihrer Masse kaum an so etwas wie Proteste gedacht hatten, plötzlich an die Möglichkeit eines Wandels durch einen »Erdrutschsieg« bei den Wahlen und Straßenproteste zu dessen Verteidigung glaubten. Dafür gingen sie buchstäblich in den Tod – tausende Demonstrierende gingen weiterhin auf die Straße, obwohl die Silowiki dort Menschen töteten. Sie trennten sich erst, als die Hoffnung versiegt war, dass die Handlungen jedes Einzelnen zu einem konkreten Ergebnis führen.

Eine ähnliche Mobilisierung haben wir auch schon in Russland gesehen. Nämlich 2021, als Alexej Nawalny zurückkehrte und sofort verhaftet wurde. In jenem Jahr war unser Land hinsichtlich der Gesamtzahl der Protestierenden unter den weltweit Ersten. Das war eine Massenbewegung, die das ganze Land erfasste. Obwohl die Chance, Nawalny freizukriegen, genauso gering war wie die Chance auf einen Regimewechsel.

Seit Beginn des Kriegs hatte die russische Gesellschaft nicht die leiseste Hoffnung auf Veränderungen. Auch Jewgeni Prigoshin konnte mit seinen Aktionen und dem Aufstand keine Zuversicht wecken. Ja, er vertrat in Bezug auf die Situation im Land einen Standpunkt, der alternativ zum offiziellen und trotzdem legal war. Er konnte aber keine Menschen mobilisieren, obwohl ich überzeugt bin: Hätte er den Leuten eine Zukunft ausgemalt, die ihnen blüht, wenn sie seine Bewegung unterstützen, dann wären viele schon allein deswegen aufgestanden, weil sie etwas Neues wollen.

Wenn die Leute sehen, dass sie etwas verändern können, dann sind sie bereit, sehr große Risiken einzugehen

Die Formel für den Beginn kollektiven Handelns ist simpel. Ausschlaggebend ist das Gefühl, dass die eigene persönliche Beteiligung die Situation beeinflussen und zu einem nachweislichen, messbaren und sichtbaren Ergebnis führen kann. Natürlich schätzt man auch noch das Risiko ab, das man eingeht, aber dieser Faktor ist nicht so hoch, wie oft angenommen wird. Klar will niemand ins Gefängnis oder verprügelt werden. Und keiner macht das einfach so ins Blaue. Aber wenn die Leute sehen, dass sie etwas verändern können, dann sind sie bereit, sehr große Risiken einzugehen.

Ein legaler Wahlkampf ist natürlich ein minimales Risiko. Man braucht nur zu unterschreiben, und wenn der Kandidat aufgestellt wird, zu agitieren und dann zu wählen. Das ist alles grundsätzlich nicht verboten, daher ist die Hemmschwelle zum Mitmachen gering. Man braucht dafür nicht unbedingt in einen Panzer zu steigen

Über den Autor

Grigori Judin ist Soziologe und aktuell Gastwissenschaftler des University Center for Human Values in Princeton. Er war Professor für politische Philosophie an der Moscow School of Social and Economic Sciences (MSSSES) und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Moskauer Higher School of Economics. Zu seinen Lehr- und Forschungsschwerpunk-

wie in Prigoshins Fall. Super! Aber es ist auch nicht so, dass sich durch Repressionen jedes kollektive Handeln verhindern ließe. Sonst bräuchte man gar keine Politik und es gäbe überhaupt nirgendwo Massenbewegungen. Die Geschichte hat gezeigt, dass die Menschen für hohe gemeinsame Ziele bereit sind, ihr Leben zu riskieren.

Was fehlt: eine positive Zukunftsvision

In Russland gibt es keine militarisierte Mehrheit, die man durchbrechen muss. Die Mehrheit duldet den Krieg als etwas vermeintlich Unausweichliches, das man lieber verdrängt. Angeführt wird das Ganze von kleinen Gruppen, die demonstrativ verrohen und darauf ihre Karrieren aufbauen. Der Überdruß, den dieser Krieg und die alte Führungsriege in der russischen Gesellschaft erzeugt, ist riesig. Aus dieser Situation heraus ließe sich leicht eine starke Mehrheit von Kriegsgegnern versammeln.

Insofern lautet die richtige Antwort auf die Frage, wie lange die Leute noch mitmachen werden: »Beliebig lange.« Denn sie gehen nicht dann vom Erdulden zum kollektiven Handeln über, wenn sie es nicht mehr aushalten – man kann sich ja immer noch tiefer eingraben, noch stärker anpassen –, sondern wenn sich eine Alternative anbietet. Aber genau die fehlt heute. »Nein zum Krieg!« ist eine schöne Parole, aber sie sagt nichts darüber aus, wie es danach weitergehen soll. Noch hat niemand eine Zukunftsvision ausformuliert, die Russlands nationale Interessen berücksichtigt, die dem Land einen Platz in der Welt aufzeigt, den die Bürgerinnen und Bürgern als würdig empfinden, und die zugleich ein deutliches Bild davon zeichnet, wie das Leben dort aussehen wird.

Es gibt einen Putin – zu dem hat keiner mehr eine Frage: Unter seiner Regierung leben wir beschissen, aber wir wissen, woran wir sind – wir kennen die Regeln. Sobald einer kommt und eine knackige Alternative dazu anbietet, vorzugsweise im Rahmen der russischen Gesetzgebung, klafft ein Spalt auf, in den das ganze riesige Protestpotential hineinstürzt, das sich in der Gesellschaft angestaut hat. Anlass dafür kann alles sein – vom banalen Alltagskonflikt bis hin zu einer einzigen unglücklichen Entscheidung der Behörden. Die Beobachter werden es nicht fassen können: Wie gibt's das, die Leute haben das doch immer geschluckt, wieso auf einmal nicht mehr? Aber an diesem Punkt wird der Wandel schon angefangen haben.

*Übersetzung aus dem Russischen (gekürzt) von
Ruth Altenhofer*

ten gehören Wirtschaftssoziologie, Wissenschaftstheorie und Fragen der Meinungsforschung. Er verfasst regelmäßig Artikel für unabhängige russischsprachige und westeuropäische Medien. 2024 erklärte das russische Justizministerium Judin zum Internationalen Agenten.

Das russischsprachige Original des vorliegenden Beitrags ist online verfügbar unter <https://verstka.media/grigoriy-yudino-tom-kak-daleko-ot-ocheredey-za-nadezhdina-do-smeny-vlasti-v-rossii>, die Übersetzung ins Deutsche durch dekoder unter <https://www.dekoder.org/de/article/praesidentschaftswahl-nadeshdin-wandel-judin/>.

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, dekoder.org als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem russischsprachigen Qualitätsjournalismus eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekoder, Verstka und Grigori Judin für die Erlaubnis zum Nachdruck.

dekóder

[RUSSLAND ENTSCHLÜSSELN]

RANKING

Die politische Elite im Jahr 2023

Zur Bedeutung des Rankings

Das Ranking, das die »Nesawisimaja gaseta« monatlich publiziert und dann einmal im Jahr zusammenfasst, misst nicht reale Macht. Es gibt Einschätzungen der befragten Politiker und Experten wieder. Dokumentiert werden also Perzeptionen politischer »Wichtigkeit«; die Führungselite wird über einen Reputationsansatz identifiziert, nicht aufgrund der Position oder des – ohnehin nur sehr schwer messbaren – Einflusses auf Entscheidungsprozesse.

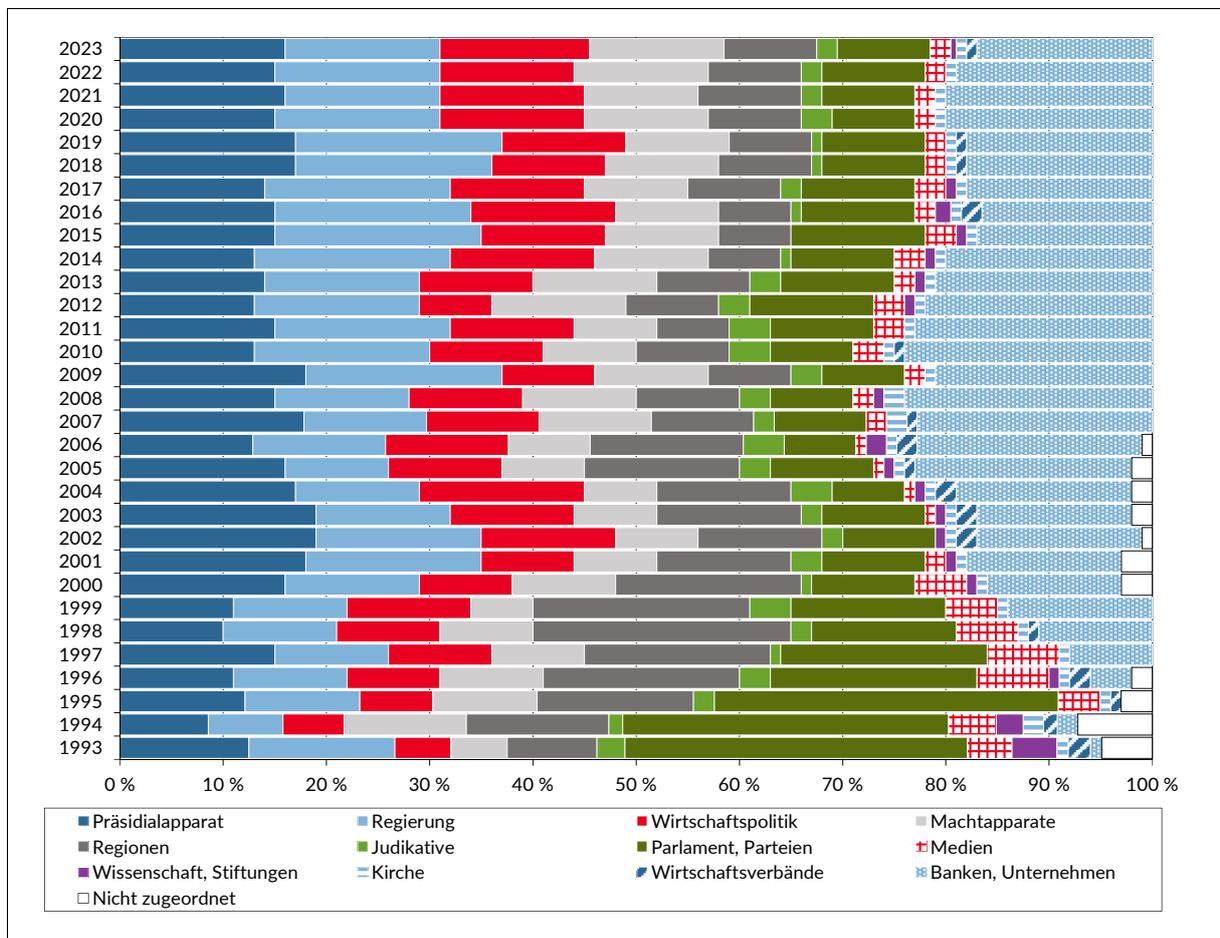
Die Rankings, die erstmals 1993 publiziert wurden, geben also die Wahrnehmungen der politischen Klasse wieder und erlauben – mit der gebührenden Vorsicht – Rückschlüsse auf die Entwicklung des politischen Systems. Gruppieren man die Politiker nach ihren Funktionen, dann wird deutlich, dass sich die Gewichte innerhalb der Führungsebene durchaus verschieben können – am deutlichsten zwischen 1993 und 1999 –, dass sich aber seit dem Amtsantritt Wladimir Putins als Präsident im Jahr 2000 eine stabile Mehrheit von Vertretern der Exekutive (Präsidialadministration, Regierung, Wirtschaftspolitiker, Machtapparate) herausgebildet hat. Die zweitwichtigste Gruppe sind die Wirtschaftsakteure, die staatliche oder private Großunternehmen und Banken leiten. Es ist diese Verzahnung von Exekutive und Kapital, die die politische Realität Russlands seit 23 Jahren bestimmt.

Das Verhältnis zwischen den Elitengruppen verschiebt sich seit 2000 nur unwesentlich (Ausnahme ist allein das Krisenjahr 2009). Es ist in den letzten Jahren beinahe ins Stocken geraten. Parallel dazu vollzieht sich eine Konsolidierung der oberen 20 Ränge, wie in den Jahren zuvor; wobei die Änderungen zum Vorjahr in den ersten 40 Rängen für 2023 marginal ausfallen.

Einen leichten Bedeutungsverlust mussten der Außenminister Sergej Lawrow (Platz 10 von zuvor Platz 6 abgestiegen), die Vorstandsvorsitzende der Zentralbank Elwira Nabiullina (Platz 14 von zuvor Platz 10) und die stellvertretende Ministerpräsidentin Tatjana Golikowa (Platz 31 von zuvor Platz 26) hinnehmen, ebenso wie der Generaldirektor von »Roskosmos«, Jurij Borisow (Platz 34 von zuvor Platz 30), der Leiter der Abteilung für Innenpolitik in der Präsidialadministration, Andrej Jarin (Platz 38 von zuvor Platz 34), sowie der Referent des Präsidenten Maksim Oreschkin (Platz 47 von zuvor Platz 43).

Dagegen werden von den befragten Experten als einflussreicher Andrej Turttschak, der stellvertretende Vorsitzende des Föderationsrates der Föderalversammlung und Generalsekretär des Generalrats von Einiges Russland (Platz 15), der Armeegeneral und Oberbefehlshaber der Nationalgarde Wiktor Solotow (Platz 27), der stellvertretende Ministerpräsident Aleksej Owertschuk (Platz 46), zuständig für Informationstechnologie und Telekommunikation, sowie

Grafik 1: Perzeption der Bedeutung von Elitegruppen in Russland (1993 – 2023)



Quelle: alljährliche Rankings in der *Nesawisimaja gaseta*, zuletzt: Orlow, Dmitrij: 100 weduschtschich politikow Rossii w 2023 godu, in: *Nesawisimaja Gaset*, 08. Januar 2024; https://www.ng.ru/ideas/2024-01-08/7_8916_100.html.

der Fraktionsvorsitzenden von »Einiges Russland« Wladimir Wasilew (Platz 48) wahrgenommen. Dieser Zuwachs an Einfluss geht einher mit einem Anstieg um 4 – 7 Plätze in der Rangliste, was auch für die folgenden Elitenvertretern mit Wirtschaftsbezug gilt: die Finanzmänner Gennadij Timtschenko (Platz 25), Andrej Kostin (Platz 33), Alischer Usmanow (Platz 42) wie auch den stellvertretenden Ministerpräsidenten Aleksandr Nowak (Platz 32), zuständig u. a. für Fragen der Energie und Atomenergie, den Minister für Industrie und Handel Denis Manturow (Platz 40) sowie den Leiter des Föderalen Dienstes der Finanzaufsicht Jurij Tschichantschin (Platz 50).

Ein großer Sprung gelang dem Berater des Präsidenten Igor Lewitin (Platz 43 von zuvor Platz 58), der zuvor Berater des Präsidenten war und Anfang März 2024 zum Referenten des Präsidenten wurde, sowie dem Unternehmer Wagit Alekperow (Platz 51 von zuvor Platz 64 – 65), der zwar nicht in die Top 50 aufgestiegen ist, sich jedoch die letzten sieben Jahre stabil zwischen Rang 45 und 65 bewegt. Im April 2022 trat er von seinem Posten als Aufsichtsratschef bei Lukoil zurück und verdiente 2023 nach Berichten der Nachrichtenagentur Bloomberg ein erhebliches Milliardenvermögen.

Aus den Top 50 scheiden die Unternehmer Arkadij Rotenberg (Platz 52), Roman Abramowitsch (Platz 57) und Oleg Deripaska (Platz 58) aus, ebenso wie die stellvertretende Ministerpräsidentin Viktorija Abramtschenko (Platz 53) und der Vorsitzende der KPRF Gennadij Sjuganow (Platz 64). Abramowitsch, Deripaska und Sjuganow sanken dabei erheblich im Vergleich zum Vorjahr.

Hauptvertreter der parlamentarischen Opposition spielen kaum eine Rolle und tauchten in den letzten Jahren nicht unter den 50 einflussreichsten politischen Akteuren in Russland auf. 2022 schaffte es Gennadij Sjuganow (Platz 49), der Vorsitzende des Zentralkomitees der KPRF, erstmals seit 2017 wieder unter die Top 50. Politische Eliten der außerparlamentarischen Opposition und von Protestbewegungen wurden traditionell im Ranking zur Wahl gestellt, schafften es jedoch nicht, in das Ranking aufgenommen zu werden. Mit Beginn des Krieges gegen die Ukraine 2022 befindet sich ein großer Teil ihrer Vertreter ohnehin im Ausland oder im Gefängnis.

Zur Methodik

Ermittelt wird das Ranking durch die Befragung von Politikern bzw. Politikexperten (monatlich schwankend zwischen 24 und 27), die eine Liste ausgewählter Akteure auf einer 10-Punkte-Skala bewerten. Sie können auch ihrerseits Personen benennen, die dann der Liste hinzugefügt werden. Drei Punkte sind für die Einordnung wichtig: Erstens werden in dem Zeitungsranking für gewöhnlich Personen als wichtig eingestuft, die oft im Scheinwerferlicht stehen, etwa Pressesprecher Dmitrij Peskow (Platz 16 – 17) und Außenminister Sergej Lawrow (Platz 10). Zweitens ist eine Befragung von Politikern und Experten Grundlage der Rangliste. Bei der Interpretation des Rankings muss man sich der speziellen Perspektive der Juroren bewusst sein. Zu den Experten zählt zum Beispiel auch Sergej Briljow vom Staatssender Rossija, der verantwortliche Redakteur Dmitrij Orlow ist Funktionär bei der Partei »Einiges Russland«. Drittens ergibt sich das Jahresranking aus dem Mittelwert der einzelnen Monate. Allerdings werden nur Personen berücksichtigt, die mindestens sechs Monate in den Top 100 vertreten waren. Manche Verschiebungen, wie eine Kabinettsumbildung oder allgemeine Postenwechsel bildet die Rangliste daher nicht vollständig ab.

Die Auswahl der Eliteakteure beschränkt sich nicht auf Inhaber von Regierungsämtern, Abgeordnete und Parteipolitiker, sie bezieht auch Regionalvertreter, Juristen, Medienvertreter, Kirchenleute und Wirtschaftsakteure mit ein. Das Ranking ist also tatsächlich der Versuch, eine Liste der mächtigsten Russen zu erstellen. Aus den Punktwertungen werden Durchschnittswerte ermittelt. Die Punktzahl entscheidet schließlich über den Platz im Ranking. Am Ende des Jahres werden aus den Monatsrankings Durchschnittswerte ermittelt, aus denen sich dann das Jahresranking der »100 führenden Politiker« ergibt. Hier abgebildet sind Vertreter politischer Eliten der Plätze 1 bis 20 mit sehr hohem Einfluss und der Plätze 21 bis 50 mit hohem Einfluss.

Die Redaktion der Russland-Analysen

Tabelle 1: Die 50 führenden politischen Akteure in Russland 2023 im Vergleich zu den Vorjahren

Rang 2023	Name	Funktion	Rang 2022	Rang 2021	Rang 2020	Rang 2019
1	Putin, Wladimir	Präsident der Russischen Föderation	1	1	1	1
2	Mischustin, Michail	Ministerpräsident der Russischen Föderation	2	2	2	55–57
3	Wajno, Anton	Leiter der Präsidentialadministration (seit August 2016)	3	3	3	4
4	Sobjanin, Sergej	Bürgermeister der Stadt Moskau	5	8	8	15
5	Medwedew, Dmitrij	Stellvertretender Leiter des Sicherheitsrates der Russischen Föderation	4	5	5	2
6	Kirijenko, Sergej	Erster Stellvertretender Leiter der Präsidentialadministration (zuständig für innenpolitische Entwicklung und Gesellschaft)	7	6	7	5
7	Patruschew, Nikolaj	Sekretär des Sicherheitsrates der Russischen Föderation. Bis 2008 Direktor des Inlandsgeheimdienstes FSB	8–9	13	17	14
8	Schojgu, Sergej	Verteidigungsminister	8–9	4	4	3
9	Setschin, Igor	Präsident des staatlichen Energiekonzerns »Rosneft«. Gilt als führender »Silowik« (Angehöriger der »Machtorgane«, d. h. Militär, Polizei und Geheimdienste)	12	10	6	7
10	Lawrow, Sergej	Außenminister	6	7	9	9
11	Gromow, Alexej	Erster Stellvertretender Leiter der Präsidentialadministration	11	14–15	21	19
12	Siluanow, Anton	Finanzminister	14	12	10	6
13	Miller, Alexej	Vorstandsvorsitzender und stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats des Energiekonzerns »Gazprom«	15	11	22	17

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Die 50 führenden politischen Akteure in Russland 2023 im Vergleich zu den Vorjahren (Fortsetzung)

Rang 2023	Name	Funktion	Rang 2022	Rang 2021	Rang 2020	Rang 2019
14	Nabiullina, Elwira	Vorstandsvorsitzende der Zentralbank der Russischen Föderation	10	9	11	16
15	Turtschak, Andrej	stellvertretender Vorsitzende des Föderationsrates der Föderalversammlung, Generalsekretär des Generalrats von Einiges Russland	19	31	38	42
16-17	Bortnikow, Alexander	Direktor des Inlandsgeheimdienstes FSB	13	14-15	14	8
16-17	Peskow, Dmitrij	Pressesekretär des Präsidenten, Stellvertretender Leiter der Präsidentialadministration	17	20	16	11
18	Wolodin, Wjatscheslaw	Vorsitzender der Staatsduma, bis Oktober 2016 Erster Stellvertretender Leiter der Präsidentialadministration	16	18	12	13
19	Bastrykin, Alexander	Vorsitzender des Strafermittlungskomitees der Russischen Föderation	18	17	15	12
20	Beloussow, Andrej	Erster Stellvertretender Ministerpräsident, Berater des Präsidenten, zuständig für Wirtschaftsfragen	20	16	13	25
21	Gref, German	Vorstandsvorsitzender der »Sberbank«, früherer Wirtschaftsminister	21	19	19	20
22	Naryschkin, Sergej	Direktor des Auslandsnachrichtendienstes SWR	24	21	25-26	29
23	Matwijenko, Walentina	Vorsitzende des Föderationsrates	22	25	27	24
24	Tschemesow, Sergej	Generaldirektor des staatlichen Rüstungs- und Technologiekonzerns »Rostech«	23	22	20	10
25	Timtschenko, Gennadij	Finanzmann, Unternehmer, Milliardär, früher Mitbesitzer der »Gunvor Group«	29	24	30	31
26	Kolokolzew, Wladimir	Innenminister	25	27	24	32
27	Solotow, Wiktor	Oberbefehlshaber der Nationalgarde (seit April 2016), Mitglied des Sicherheitsrates, Armeegeneral	31	29	28	26
28	Kowaltschuk, Jurij	Finanzmann, Unternehmer, Milliardär, Vorsitzender des Direktorenrats der »Bank Rossija«	27	23	18	18
29	Chusnullin, Marat	Stellvertretender Ministerpräsident	32	38	43	
30	Kirill	Patriarch von Moskau und der ganzen Rus	28	34	25-26	27
31	Golikowa, Tatjana	Stellvertretende Ministerpräsidentin	26	26	23	21
32	Nowak, Aleksandr	Stellvertretender Ministerpräsident	36	32	41	34-35
33	Kostin, Andrej	Finanzmann, Vorstandsvorsitzender der staatlichen Außenhandelsbank VTB	37	30	35	36-37
34	Borisow, Jurij	Generaldirektor »Roskosmos«	30	33	31	50
35	Kosak, Dmitrij	Stellvertretender Leiter der Präsidentialadministration	33	28	34	22
36-37	Gerasimow, Walerij	Chef des Generalstabs der Streitkräfte der Russischen Föderation, Vertreter des Verteidigungsministers	38	51	36	39
36-37	Patruschew, Dmitrij	Landwirtschaftsminister	39-40	44	42	66-68
38	Jarin, Andrej	Leiter der Abteilung für Innenpolitik in der Präsidentialadministration	34	39-42	45	40
39	Tschernyschenko, Dmitrij	Stellvertretender Ministerpräsident	39-40	37	55-56	
40	Manturow, Denis	Minister für Industrie und Handel, Stellvertretender Ministerpräsident	45	57	39	43

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Die 50 führenden politischen Akteure in Russland 2023 im Vergleich zu den Vorjahren (Fortsetzung)

Rang 2023	Name	Funktion	Rang 2022	Rang 2021	Rang 2020	Rang 2019
41	Grigorenko, Dmitrij	Stellvertretender Ministerpräsident, Leiter des Regierungsapparats	42	39–42	46	
42	Usmanow, Alischer	Finanzmann, Unternehmer, Milliardär	47	36	54	46
43	Lewitin, Igor	Berater des Präsidenten sowie Staatsberater 1. Klasse	58	48	37	63–64
44	Krasnow, Igor	Generalstaatsanwalt der Russischen Föderation	41	35	29	
45	Trutnew, Jurij	Stellvertretender Ministerpräsident, bevollmächtigter Repräsentant des Präsidenten im der Region Ferner Osten	46	43	40	44
46	Owertschuk, Aleksej	Stellvertretender Ministerpräsident (Informationstechnologie und Telekommunikation)	51	54	72	
47	Oreschkin, Maksim	Referent des Präsidenten	43	62	92	47
48	Wasilew, Wladimir	Fraktionsvorsitzender »Einiges Russland«	55	65	88–89	77
49	Charitschew, Aleksandr	Leiter der Präsidialadministration (zuständig für den Staatsrat), Staatsberater	52	52	55–56	49
50	Tschichantschin, Jurij	Leiter des Föderalen Dienstes der Finanzaufsicht	56–57	46	69	

Quelle: Orlow, Dmitrij: 100 weduschtschich politikow Rossii w 2023 godu, in: Nesawisimaja Gaseta, 08. Januar 2024; https://www.ng.ru/ideas/2024-01-08/7_8916_100.html. Orlow, Dmitrij: 100 weduschtschich politikow Rossii w 2022 godu, in: Nesawisimaja Gaseta, 09. Januar 2023; https://www.ng.ru/ideas/2023-01-09/7_8629_100.html. Orlow, Dmitrij: 100 weduschtschich politikow Rossii w 2021 godu, in: Nesawisimaja Gaseta, 10. Januar 2022; https://www.ng.ru/ideas/2022-01-10/7_8341_100.html. Orlow, Dmitrij: 100 weduschtschich politikow Rossii w 2020 godu, in: Nesawisimaja Gaseta, 12. Januar 2021; https://www.ng.ru/ideas/2021-01-11/7_8053_100.html. Orlow, Dmitrij: 100 weduschtschich politikow Rossii w 2019 godu, in: Nesawisimaja Gaseta, 13. Januar 2020; http://www.ng.ru/ideas/2020-01-13/7_7766_people.html.

CHRONIK

18. März – 20. April 2024

18.03.2024	Der russische Präsident Wladimir Putin bezeichnet in einer Pressekonferenz kurz nach seinem Wahlsieg bei den Präsidentschaftswahlen den Tod des Oppositionellen Alexej Nawalnyj als »trauriges Ereignis«, nennt dabei Nawalnyj erstmals seit Jahren öffentlich beim Namen und bestätigt die Idee eines Gefangenenaustausches. Die Behauptungen von Nawalnyjs Team, es habe bereits Verhandlungen zum Austausch gegeben, die kurz vor Abschluss standen, widerlegt der Sprecher des Präsidenten, Dmitrij Peskow.
18.03.2024	Bei einem Außenminister:innentreffen der Mitgliedstaaten einigt sich die EU auf weitere Sanktionen gegen Russland, auch als Reaktion auf den Tod des Kremlkritikers Alexej Nawalnyj in einer Strafkolonie. Die Strafmaßnahmen werden gegen Vertreter:innen des russischen Justizsystems eingeführt und beinhalten u. a. Einreiseverbote in die EU, Verbot der Geschäftstätigkeit mit EU-Bürger:innen sowie das Einfrieren von Konten und anderen Vermögenswerten in der EU.
19.03.2024	Der Gouverneur der Oblast Belgorod, Wjatscheslaw Gladkow, erklärt, dass etwa 9.000 Kinder aus der Stadt Belgorod und umliegenden Gebieten wegen des Beschusses aus der Ukraine evakuiert werden sollen. Am 22.03.2024 werden 1.200 Kinder nach Pensa, Tambow und Kaluga gebracht. Die Stadt und Oblast Belgorod werden mit zunehmender Regelmäßigkeit und Intensität aus der Ukraine angegriffen. Dabei kamen allein in der vorangehenden Woche 16 Zivilisten ums Leben.

19.03.2024	Die Staatsduma beschließt in dritter und letzter Lesung zwei Gesetzentwürfe, die Straffreiheit für Mobilisierte oder Vertragsschließende eines abzuleistenden Kriegsdienstes bei den Streitkräften der Russischen Föderation im Verlauf der Durchführung der sogenannten Spezialoperation regeln. Ausgenommen davon sind Verurteilte, die wegen schwerwiegender sexualisierter Sicherheit gegen Minderjährige verurteilt worden sind, sowie Verurteilte wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, Grundlagen der Verfassung und Staatssicherheit, darunter fallen u. a. Straftatbestände wie Extremismus, Terrorismus, Sabotage, Aufruf zum Separatismus und Landesverrat. Die neuen Gesetze sollen den Mechanismus der Begnadigungen, die zuvor verurteilten Straftätern, die sich im Krieg gegen die Ukraine verdient gemacht haben, durch den Präsidenten ausgesprochen wurden, in der Masse ablösen.
19.03.2024	Nach Berechnungen des Mediums »Kommersant« haben die bei den Präsidentschaftswahlen 2024 angetretenen Parteien Kommunistische Partei der Russischen Föderation, die Liberaldemokratische Partei Russlands sowie die Partei »Neue Leute« zusammen bis zu 1,5 Mrd. Rubel (umgerechnet etwa 15 Mio. Euro) aus Haushaltsmitteln für ihre Parteien generieren können. Dem Gesetz nach können Parteien, dessen Präsidentschaftskandidaten bei Wahlen mehr als 3 % der Stimmen erhalten haben, eine Einmalzahlung aus Haushaltsmitteln von 152 Rubel (etwa 1,50 Euro) pro Wähler:innenstimme erhalten. Nach Angaben der Zentralen Wahlkommission stehen dem Ausgaben für die Wahlkampagnen der Kandidaten aus dem Wahlfond mit 166 Mio. Rubel (etwa 1,66 Mio. Euro) für Nikolaj Charitonow (das entspricht 44 Rubel pro Stimme), 212 Mio. Rubel (etwa 2,12 Mio. Euro) für Leonid Sluzkij (76 Rubel pro Stimme) und 368,2 Mio. Rubel (etwa 3,68 Mio. Euro) für Wladislaw Dawankow (110 Rubel pro Stimme) gegenüber. Wladimir Putins Stab gab 317 Mio. Rubel (3,17 Mio. Euro) für seine Wahlkampagne aus.
22.03.2024	Der Sprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, Dmitrij Peskow, erklärt während eines Interviews mit der Zeitung »Argumenty i fakty«, dass sich Russland im Kriegszustand befindet. Es habe als Spezialoperation angefangen, doch als sich der »kollektive Westen« an der Seite der Ukraine beteiligte, wurde sie zum Krieg. Zahlreiche Menschen sind in Russland seit Kriegsbeginn zu Haftstrafen wegen Diskreditierung der Streitkräfte verurteilt worden, weil sie die Kampfhandlungen in der Ukraine als Krieg und nicht als »militärische Spezialoperation« bezeichnet haben.
22.03.2024	In der Konzerthalle »Crocus City Hall« in Krasnogorsk nahe der Stadt Moskau kommt es während eines Konzertes der russischen Band »Piknik« zu einem Überfall durch drei bewaffnete IS-Kämpfer. Der Ableger des Islamischen Staates (IS) im Nordkaukasus (rus. Wilajat Kawkas Islamskogo Gosudarstwa) bekennt sich zu dem Terroranschlag. Sicherheitsbehörden erklärten, es habe mindestens eine Explosion gegeben. Das Gebäude wird nach ca. 1,5 Stunden nach Beginn der ersten Schüsse vom SOBR, der Schnellen Spezialeingreiftruppe, gestürmt. In der Nacht treffen erste Kondolenzbekundungen westlicher Vertreter:innen ein. Präsident Wladimir Putin trifft sich mit Vertreter:innen von Sicherheitsorganen, besucht die Stätte jedoch nicht persönlich. Das Gebäude brennt zu großen Teilen aus. Einige Tage später veröffentlicht das Katastrophenschutzministerium eine Liste der Getöteten. Demnach sterben 143 Menschen bei dem Anschlag u. a. durch Schüsse und oder Rauchvergiftung. Mindestens 360 Menschen werden verletzt. Am 27.03.2024 beenden Helfer die Suche nach Vermissten. Vier Verdächtige werden zeitnah festgenommen. Zwei bekennen sich am 25.03.2024 vor dem Basmannyj Bezirksgericht in Moskau für schuldig. Drei Beschuldigte weisen im Gericht teils starke Spuren von Folter auf. Neben den westlichen und US-Geheimdiensten warnte auch der Iran Russland vor einem möglichen Terroranschlag in den Wochen zuvor. Sowohl Präsident Putin als auch zahlreiche Politiker:innen beschuldigen laufend die Ukraine in den Anschlag verwickelt zu sein. Die Ukraine widerspricht dem.
24.03.2024	Die Ukraine beschießt die Hafenstadt Sewastopol auf der Halbinsel Krim mit Raketen. Die russische Staatsagentur TASS berichtet, die russische Flugabwehr habe über zehn Raketen und zahlreiche Drohnen abgeschossen. Der Verkehr über die Krim-Brücke ist vorübergehend eingestellt. Das russische Militär beschießt seinerseits Charkiw mit mehrere Raketen.
27.03.2024	Die unabhängige russische Wirtschaftszeitung »Kommersant« berichtet, dass die russische Regierung im Jahr 2023 insgesamt 15 Unternehmen der Verteidigungsindustrie im Gesamtwert von rund 333 Milliarden Rubel (etwa 3,4 Milliarden Euro) beschlagnahmt hat. Begründet wurden diese Maßnahmen unter anderem damit, dass die Unternehmen zuvor durch Machtmissbrauch in Privateigentum übergegangen seien. Der russische Generalstaatsanwalt Igor Krasnow betonte in einer Fernsehansprache zudem, dass die Vermögenswerte der betreffenden Unternehmen zum Teil genutzt worden seien, um »terroristische Aktivitäten seitens der Ukraine« zu finanzieren.
28.03.2024	Die tschechische Regierung setzt die Betreiber:innen der Internetplattform »Voice of Europe« auf ihre Sanktionsliste. Sie sei Teil einer russischen Propagandaoperation mit dem Ziel, die territoriale Integrität der Ukraine in Frage zu stellen. Hinter der Webseite steht der russische Oligarch Viktor Medwedtschuk, der in der Ukraine wegen Hochverrats angeklagt wurde. Im Zuge eines Gefangenenaustauschs gelangte er zurück nach Russland. Er gilt als Vertrauter des russischen Präsidenten Wladimir Putin.

29.03.2024	Das Moskauer Basmannyj-Bezirksgericht nimmt die russische Journalistin Antonina Faworskaja für zwei Monate in Untersuchungshaft. Faworskaja war zuletzt beim unabhängigen russischen TV-Sender »SotaVision« tätig und hatte seit Jahren über den im Februar in Haft verstorbenen Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj und den von ihm gegründeten und als extremistisch eingestuften »Fonds für Korruptionsbekämpfung« (FBK) berichtet. Faworskaja wird vorgeworfen, für den FBK recherchiert und Videos produziert zu haben. Sowohl »SotaVision« als auch Nawalnyjs Sprecherin Kira Jarmysch wiesen die Vorwürfe zurück: Faworskaja sei nie für den FBK tätig gewesen.
29.03.2024	Das unabhängige russische Online-Medium »Bumaga (dt. Dokument) berichtet unter Berufung auf die Pressesprecherin der Justizbehörde in Sankt Petersburg, dass im Zeitraum vom 25. bis zum 29. März 418 Migrant:innen aus der Stadt abgeschoben worden seien, 48 weitere müssen Russland selbständig verlassen. Die Abschiebungen erfolgten auf Grundlage der Prüfung von gemeldeten Verstößen gegen das Migrationsrecht. Ähnliche Aktionen wurden auch aus Moskau und anderen russischen Städten gemeldet. Auch tadschikische Behörden melden, dass massenweise Arbeitsmigrant:innen in Folge des Terroranschlags auf eine Konzerthalle in der Region Moskau Russland verlassen. Die Repräsentanz des tadschikischen Arbeitsministeriums habe Drohungen erhalten. Im Verlauf der Woche waren neun Verdächtige festgenommen worden, acht stammen aus Tadschikistan, ein weiterer ist kirgisischer Herkunft.
31.03.2024	Im Zeitraum vom 01. April bis Mitte Juli werden auf Grundlage eines Erlasses des russischen Präsidenten Wladimir Putin rund 150.000 Wehrpflichtige zwischen 18 und 30 Jahren zum Grundwehrdienst eingezogen. Das Verteidigungsministerium teilte mit, die Wehrpflichtigen würden zum zwölfmonatigen Grundwehrdienst einberufen, es sei jedoch nicht geplant, sie in der Ukraine einzusetzen.
01.04.2024	Das russische Ermittlungskomitee gibt bekannt, dass es die mutmaßliche Beteiligung der USA, der Ukraine und anderer westlicher Länder an Terroranschlägen in Russland untersuchen werde. Nach dem Terroranschlag auf ein Konzerthaus in der Nähe Moskaus am 22. März 2024 hatten hochrangige Regierungsmitglieder ange-deutet, dass die Ukraine und andere Länder mitverantwortlich sein könnten. Beweise für diese Behauptung wurden bisher nicht vorgelegt. Zu dem Anschlag hatte sich die Terrororganisation »Islamischer Staat« bekannt. Im Zusammenhang mit dieser Tat veröffentlichten staatliche russische Fernsehsender außerdem neues Video-material von den Verhören der vier festgenommenen Tatverdächtigen. Darin bestätigten die Männer unabhän-gig voneinander, dass ihnen eine sichere Reise nach Kyjiw sowie finanzielle Belohnung versprochen worden sei. Die Glaubwürdigkeit der Aussagen wird von unabhängigen Beobachter:innen in Frage gestellt, da die Tatver-dächtigen bei ihrer Anhörung vor Gericht mit sichtbaren Spuren von Folter auftraten.
01.04.2024	Auf Grundlage eines Erlasses des russischen Präsidenten Wladimir Putin beginnt heute die Einziehung von rund 150.000 neuen Wehrpflichtigen zum Grundwehrdienst in der russischen Armee. Das russische Verteidigungsministerium hatte zuvor mitgeteilt, die Rekruten würden lediglich ihren Grundwehrdienst ableisten müs-sen, jedoch nicht im Kriegsgebiet in der Ukraine eingesetzt. Nach Beendigung der Ausbildung stehe es ihnen frei, sich zum Kriegsdienst in der Ukraine zu verpflichten.
02.04.2024	Admiral Alexander Moiseew wird per Präsidialdekret zum Oberbefehlshaber der Kriegsmarineflotte der Rus-sischen Föderation ernannt. Er löst Admiral Nikolaj Jewmenow ab. Ukrainische Streitkräfte beanspruchen für sich, der russischen Marine seit Kriegsbeginn zahlreiche Verluste zugefügt zu haben, darunter die Zerstörung und Beschädigung von Kriegsschiffen mit Seedrohnen.
02.04.2024	Das Oberhaupt der unabhängigen russischen Teilrepublik Tatarstan, Rustam Minnichanow, teilt mit, dass erst-mals seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine im Februar 2022 Industriebetriebe in der Region von Drohnen attackiert worden seien. Seinen Angaben zufolge habe es keine schweren Schäden gege-ben, 13 Menschen seien jedoch verletzt worden. Eines der angegriffenen Werke hatte 2023 begonnen, irani-sche Shahed-Drohnen für den Einsatz in der Ukraine zu produzieren. Eine offizielle Bestätigung der Angriffe von ukrainischer Seite erfolgte nicht.
02.04.2024	Die russische Tageszeitung »Kommersant« berichtet, fast 60 % der Russ:innen habe im Jahr 2023 Probleme im Bereich der Versorgungsdienstleistungen gespürt. Jede:r Vierte hatte Probleme mit der Wasserversorgung, 23 % mit der Heizung. In 57 % der Fälle gaben die Befragten Netzausfälle als Ursache an. »Kommersant« beruft sich auf eine repräsentative Umfrage der »Allrussischen Volksfront«. Aufgrund der Abwanderung von Arbeitsmigrant:innen infolge der repressiven Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Terroranschlag auf die »Crocus City Hall« nahe Moskau Ende März, kommt es in ersten Regionen Russlands außerdem zu einer Verschlechterung des sanitären Zustands der Städte infolge des fehlenden Abtransports von anfallendem Müll.

02.04.2024	Die US-amerikanische Denkfabrik »Institute for the Study of War« (ISW) kommt zu dem Schluss, dass sich die russische Frühlings- und Sommeroffensive im Krieg gegen die Ukraine auf den westlichen Teil der Region Donezk konzentrieren könnte. Eine nicht näher benannte Quelle aus dem ukrainischen Militär habe von der Abwehr eines Angriffs von mindestens 36 Panzern und 12 Schützenpanzern nahe Awdjiwka am 30. März berichtet. Das Ausmaß dieses Angriffs deute auf die Priorität der russischen Armee hin, die Fortschritte in diesem Gebiet auszubauen.
02.04.2024	Die internationale Nachrichtenagentur »Reuters« berichtet, dass das größte private Erdgasförder-Unternehmen Russlands, »Nowatek«, die Produktion von LNG im Rahmen seines »Arktik LNG 2«-Projektes eingestellt habe. Das Unternehmen hatte geplant, Ende März 2024 mit der Auslieferung von LNG zu beginnen, dies scheiterte jedoch an Sanktionen und einem Mangel an Tankschiffen.
02.04.2024	Kirgisistan wird die Annahme von Karten des nationalen russischen Zahlungsdienstleisters »MIR« einstellen. Dies teilte die kirgisische Nationalbank mit. Damit soll verhindert werden, dass der Finanzsektor des Landes westlichen Sanktionen ausgesetzt werden könnte. Die USA hatten im Februar die Organisation hinter »MIR« auf die Sanktionsliste gesetzt und üben so Druck auf Drittländer aus. Zuvor hatten bereits armenische Banken die Abwicklung von Zahlungen über Karten von »MIR« eingestellt.
03.04.2024	Der »Telegram«-Kanal »Medizinskaja Rossija« (dt. Medizinisches Russland) berichtet über Proteste von Rettungskräften aus 17 Regionen Russlands. Diese hatten Videobotschaften aufgezeichnet und darin auf niedrige Löhne und eine ungerechte Verteilung von Sozialleistungen aufmerksam gemacht. Sie forderten den russischen Präsidenten Wladimir Putin auf, sein Versprechen einzuhalten, das er auf einem Forum für Zukunftstechnologien gegeben hatte. Damals hatte Putin versprochen, dass Ärzt:innen, die in Siedlungen praktizierten, in denen weniger als 50.000 Menschen lebten, zusätzlich 50.000 Rubel (rund 500 Euro) erhalten sollten und medizinisches Personal 30.000 Rubel (rund 300 Euro).
05.04.2024	Das russische Ministerium für digitale Entwicklung, Kommunikation und Massenmedien teilt mit, dass zwei Drittel der IT-Fachkräfte, die das Land nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine verlassen hätten, mittlerweile zurückgekehrt seien. Zusätzlich sei es im Jahr 2023 zu keiner weiteren Abwanderungswelle gekommen. Gleichzeitig berichtet die Tageszeitung »Kommersant« unter Berufung auf ein Beratungsunternehmen für emigrationswillige Menschen, über einen Anstieg der Nachfrage nach Aufenthaltsgenehmigungen für Fachkräfte in Europa um 233 % zwischen Januar und März 2024. Etwa die Hälfte der Anfragen kämen von IT-Spezialist:innen.
08.04.2024	Im russischen Staatsfernsehen ausgestrahlte Videoaufnahmen zeigen Teile der Aussagen der vier wegen eines Terroranschlags auf eine Konzerthalle in Krasnogorsk Ende März festgenommenen Tatverdächtigen. Darin geben sie unabhängig voneinander an, dass ihnen für die Tat eine sichere Reise nach Kyjiw und eine finanzielle Belohnung versprochen worden sei. Russische Ermittlungsbehörden hatten ungeachtet eines Bekenntnisses des sogenannten »Islamischen Staates« die Ukraine und deren westliche Partner für den Anschlag verantwortlich gemacht, bei dem 145 Menschen starben. Unabhängige Beobachter:innen bezweifeln die Echtheit der Geständnisse, nachdem die drei Hauptverdächtigen wenige Tage nach dem Anschlag dem Haftrichter mit erheblichen Folterspuren vorgeführt worden waren.
09.04.2024	Das russische Verteidigungsministerium setzt die Rekrutierung von Frauen für den Kriegsdienst in der Ukraine in Justizvollzugsanstalten fort. Anwält:innen und Angehörige der Häftlinge berichten, dass sowohl nach medizinischem Personal gesucht werde als auch nach Freiwilligen für den Fronteinsatz. Für einen Einsatz an der Front gibt es die Möglichkeit einer vorzeitigen Entlassung auf Bewährung.
10.04.2024	Entlang des Flusses Ural kommt es aufgrund der von heftigen Regenfällen begleiteten Schneeschmelze zu Überschwemmungen historischen Ausmaßes. Der Gouverneur der Region Orenburg, Denis Pasler, teilte mit, die Lage habe sich zuletzt stabilisiert, mehr als 14.000 Menschen seien evakuiert worden. Bereits einige Tage zuvor war in der Region Orsk ein Damm gebrochen, der nur für einen Pegelstand von fünfeinhalb Meter ausgelegt gewesen sei. Die Staatsanwaltschaft leitete Ermittlungen wegen Fahrlässigkeit während der Wartung ein. Die Behörden der Regionen Tjumen und Kurgan riefen den Notstand aus, auch in der Region Tomsk werden schwere Hochwasser erwartet. Das russische Katastrophenschutzministerium schätzt die Zahl der betroffenen Regionen auf insgesamt 37. In der schwer vom Hochwasser betroffenen Stadt Orsk protestierten einige Tage zuvor bereits rund 100 Menschen gegen die vermeintliche Untätigkeit der Behörden. Sie forderten den russischen Präsidenten Wladimir Putin auf, tätig zu werden. Auch in Orenburg protestierten Einwohner:innen wegen fehlender Hilfsmaßnahmen und ausbleibender Entschädigungen. Putin ordnete einen verstärkten Einsatz von Polizeipatrouillen an, um Plünderungen verlassener Häuser zu verhindern. Außerdem setzte er eine Regierungskommission ein, die sich mit den Überschwemmungen befassen soll.

10.04.2024	Der Europäische Gerichtshof hebt die im Jahr 2022 gegen die russischen Milliardäre Michail Friedman und Pjotr Awen verhängten Sanktionen auf. Friedman und Awen hatten gegen die gegen sie verhängten Sanktionen Einspruch eingelegt. Das Gericht entschied nun, es gebe nicht genügend Beweise, um diese weiter aufrechtzuerhalten. Auch gegen die Verlängerung der Sanktionen im Jahr 2023 hatten beide Einspruch eingelegt, eine Entscheidung hierzu steht noch aus. Im März hatte die EU bereits die gegen den Gründer der russischen Internetsuchmaschine »Yandex«, Arkadij Wolosch, sowie elf weitere Personen verhängten Sanktionen aufgehoben. Wolosch war nach der Verhängung der Sanktionen als CEO von »Yandex« zurückgetreten und sprach sich öffentlich gegen den Krieg gegen die Ukraine aus.
12.04.2024	Staatliche russische Fernsehsender berichten über die Ankunft von Militärausrüstung sowie einer Gruppe Militär-Ausbilder:innen aus Russland in Niger. Dies sei Teil der vereinbarten Vertiefung der Sicherheitsbeziehungen des Landes mit Russland. Niger arbeitete bis zum Militärputsch im vergangenen Jahr mit westlichen Ländern im Kampf gegen Dschihadist:innen in West- und Zentralafrika zusammen.
12.04.2024	Sowohl Russland als auch die Ukraine bestätigen den Austausch von 122 gefallenen Soldat:innen. Russland habe die sterblichen Überreste von 23 Soldat:innen erhalten, nach Kyjiw wurden 99 tote Soldat:innen zurückgeführt. Dies ist bereits der vierte öffentlich bekannt gewordene Austausch seit Jahresbeginn.
17.04.2024	Das unabhängige russische Online-Medium »Mediazona« berichtet unter Berufung auf Daten des Obersten Gerichtshofs Russlands, dass im Jahr 2023 116 russische Soldat:innen und Wehrpflichtige wegen Mordes verurteilt worden sind. Dies bedeutet einen starken Anstieg im Vergleich zu 13 Verurteilungen im Jahr 2022 und 21 im Jahr 2021. Außerdem wurden neun Menschen wegen Spionage verurteilt, 39 wegen Hochverrats und 73 wegen der Veröffentlichung von Staatsgeheimnissen.
17.04.2024	Die russischen Friedenstruppen beginnen mit dem Abzug aus der zu Aserbaidschan gehörenden Region Berg-Karabach. Dies bestätigte Dmitrij Peskow, Sprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin. Russland hatte im November 2020 rund 2.000 Soldat:innen zur Befriedung in die Region entsandt, nachdem Armenien und Aserbaidschan der Beendigung der zuvor entbrannten Kämpfe zugestimmt hatten. Im September 2023 hatte Aserbaidschan die Region endgültig erobert, die russischen Friedenstruppen griffen nicht ein.
18.04.2024	Die russische Statistikbehörde »Rosstat« teilt mit, dass die Zahl der Eheschließungen im Jahr 2023 um zehn Prozent im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen sei. 2023 schlossen 950.000 Paare den Bund der Ehe im Vergleich zu 1,05 Millionen in 2022. Am stärksten sei der Rückgang in der russischen Teilrepublik Tschetschenien (36 %), in der autonomen Region Tschukotka (31 %) sowie in der Teilrepublik Dagestan (24 %). Nach Verkündung der Teilmobilisierung im September 2022 war die Zahl der Eheschließungen zunächst sprunghaft angestiegen.
18.04.2024	Die deutsche Bundesanwaltschaft lässt in Bayern zwei Deutschrussen wegen des Verdachts auf Spionage für Russland festnehmen. Einer der beiden Verdächtigen soll außerdem einen Anschlag geplant haben. Die Männer werden verdächtigt, Sabotageakte geplant zu haben, um die deutsche Militärhilfe für die Ukraine zu unterminieren. Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock bestellte als Reaktion auf die Ermittlungen den russischen Botschafter in Berlin ein. Dieser wies alle Vorwürfe zurück, seine Einbestellung sei eine offene Provokation.
19.04.2024	Der russische Außenminister Sergej Lawrow bestätigt, dass Russland während der Verhandlungen um ein Friedensabkommen für die Ukraine im Jahr 2022 einer Unterstellung der Ukraine unter Artikel 5 der NATO-Charta zugestimmt habe. Der Artikel sichert jedem Mitglied der Allianz Unterstützung im Falle eines bewaffneten Angriffs zu. Diese Garantien sollten laut Lawrow nicht für die Krim und den Donbas gelten. Gleichzeitig sollte die NATO keine eigenen Stützpunkte auf ukrainischem Territorium eröffnen dürfen. Russland wollte außerdem die Zahl der ukrainischen Streitkräfte auf 85.000 Soldat:innen festlegen, während die Ukraine 250.000 forderte. Russland sei weiterhin zu Verhandlungen bereit, werde die eroberten Gebiete jedoch nicht aufgeben, so Lawrow weiter. Die Verhandlungen waren Mitte April 2022 eingestellt worden, nachdem Einzelheiten über Massaker der russischen Armee in verschiedenen ukrainischen Städten bekannt geworden waren.
19.04.2024	Der Sprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, Dmitrij Peskow, bestätigt Medienberichte, wonach für russische Beamt:innen Einschränkungen hinsichtlich Auslandsreisen gelten. Peskow bestätigte, dass Beamt:innen aus bestimmten Behörden die Ausreise zurzeit nicht gestattet ist, für andere gebe es Einzelmeldeverfahren. Einzelheiten nannte er nicht. In den Berichten hieß es, einer der Gründe für Ausreiseverbote sei die Gefahr, dass russische Beamt:innen festgesetzt werden und zur Preisgabe von Staatsgeheimnissen gezwungen werden könnten.
19.04.2024	Der Sprecher der ukrainischen Luftwaffe, Ilja Jewlasch, gibt über die Nachrichtenagentur AFP bekannt, dass das ukrainische Militär zum ersten Mal seit dem russischen Einmarsch in die gesamte Ukraine im Februar 2022 einen russischen Langstreckenbomber abgeschossen habe. Das russische Verteidigungsministerium gab hingegen an, eine technische Störung habe den Absturz verursacht. Bei dem Absturz sei ein Soldat gestorben, zwei seien verletzt, nach vier weiteren werde gesucht.

20.04.2024	Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Marija Sacharowa, kritisiert scharf das von den USA zugesagte militärische Hilfspaket für die Ukraine, Israel und Taiwan. Diese Zusage werde die globalen Krisen weiter verschärfen. Die Hilfe für die Ukraine sei eine direkte Unterstützung terroristischer Aktivitäten. Auch der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitrij Peskow, kritisierte die USA. Diese bereichere sich auf Kosten der Ukraine. Zuvor hatten sich die Kämpfe in der Ukraine durch Angriffe beider Seiten intensiviert.
------------	---

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Alena Schwarz

Sie können die gesamte Chronik seit 2003 (zusätzlich gibt es eine Kurzchronik für die Sowjetunion ab 1964 bzw. Russland ab 1992) auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Anastasia Stoll (verantwortlich)
Chronik: Alena Schwarz, Anastasia Stoll
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
PD Dr. habil. Linde Götz, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Prof. Dr. Alexander Libman, Freie Universität Berlin
Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2024 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>